

Bezugspreis: Vierteljährl. 100.- M., monatl. 25.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einpaltige Spaltenzeile ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 17. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Völkerbund und Rußlandproblem.

Genf, 17. Mai. (WTB.) Die große Rußlanddebatte in der gestrigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundes...

Ranssen.

Der diesmal nicht als Oberkommissar der Rußlandhilfe, sondern als Delegierter der norwegischen Regierung sprach, stellte das Problem der russischen Hungersnot als ein im höchsten Grade wirtschaftliches Problem zur Debatte.

Mein Antrag, führte Ranssen aus, sowie das frühere Hilfswerk für die russischen Flüchtlinge sind nur zwei Seiten eines einzigen großen Problems, nämlich des Wiederaufbaues Rußlands.

ein rein wirtschaftliches Ziel.

Das nichts zu tun hat mit diplomatischen Beziehungen und juristischen Formeln, sondern nur den grundlegenden Wirtschaftstatistiken der europäischen Lage und des heutigen Rußlands gilt.

Die Arbeiter Norwegens sind ohne Beschäftigung.

weil die Fabriken gestoppt sind. Die Fischer sind müßig, weil die Schiffe untauglich im Hafen liegen und sie keinen Absatz für ihre Fische finden.

Die Genuefer Konferenz

hat bemerkt, daß die europäischen Staatsmänner für solche Gesichtspunkte empfänglich sind und daß der Hauptgrund dieser Konferenz der Wiederaufbau Europas, und zwar durch den Wiederaufbau wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und der westlichen Welt war.

An die Ausführungen Ranssens knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, in deren Verlauf Balfour, Bourgeois, Marquis Imperiali und die anderen Mitglieder des Rates für die Verweisung des Antrags an die Genuefer Konferenz eintraten...

Der Norweger und Polarforscher Ranssen, der verdienstvolle Organisator der Roten-Kreuz-Organisation für Rußland, hat im Völkerbundrat eine aufrichtige und tapfere Rede über Rußland und das Weltwirtschaftsproblem gehalten.

In diesem Jahre ist Ranssen bescheidener geworden. Heute würde er es schon als einen Erfolg betrachten, wenn die Vertreter Europas diese im Vorjahre angegriffene Kommission entlassen.

Sehr beachtenswert ist es, wenn jetzt plötzlich Poincaré als Vermittler auftritt. Er läßt auf den Wegen, die ihm amtlich zur Verfügung stehen, verbreiten, die unerwartete Haltung Amerikas beruhe auf einem Mißverständnis.

Es ist uns nicht bekannt, ob das den Tatsachen entspricht. Es würde die Situation nicht zugunsten Lloyd Georges verändern, der ausdrücklich erklärt hat, die Hoager Konferenz sei die Fortsetzung von Genua, sie behandle denselben Fragekomplex.

Keine Reise Kösters nach Genua.

Nach einer Genuefer Meldung der Baseler „Nationalzeitung“, die von T. U. weitergegeben wird, soll der Reichsminister des Innern, Genosse Dr. Köster, sein Eintreffen in Genua angekündigt haben, um sowohl mit der Entente als auch mit den Vertretern der anderen Mächte in der Angelegenheit Fühlung zu nehmen.

Dazu möchten wir bemerken, daß Köster nicht nach Genua fährt, womit diese ganze Kombination erledigt ist.

Partei und Privatinteresse.

Zur Ernährungspolitik der Deutschnationalen.

Die rapide Verteuerung der Lebensmittel während der letzten Monate ist hauptsächlich eine Folge des Abbaus der Zwangswirtschaft. Handgreiflich tritt das in Erscheinung in der Tatsache, daß das Brot hinter der allgemeinen Verteuerung der übrigen Lebensmittel weit zurückgeblieben ist.

Gegen das Umlageverfahren läuft nun die Landwirtschaft Sturm. Nicht so sehr sind es die Bauern, von denen sich sogar einzelne Gruppen gegen die freie Wirtschaft ausgesprochen haben.

Nun geht es aber die Deutschnationale Partei nicht nur aus Agrariern zusammen. Sie hat großen Anhang unter den konservativen gefinnten Beamten, aber auch in Kreisen der kleinen Angestellten und anderer städtischer Bewohner.

Ran sollte nun meinen, daß die Deutschnationale Volkspartei auch diese ihre Parteigänger als Menschen, als Volksgenossen anerkennt. Das tut sie zwar bei Festreden und Gedenkstößen.

Nun ist zuzugeben, daß gesetzliche Maßnahmen allein die Preisbewegung nicht gänzlich zum Stillstand bringen können. Aber sie können dämpfend wirken. Sie können dem Wucherer das Handwerk legen.

Da die Landwirte in den letzten zwei Jahren immer, auch im amtlich festgesetzten Getreidepreis, ihre Selbstkosten und einen ausreichenden Gewinn vergütet erhielten, sollte es ihnen doch leicht fallen, solche gesetzlichen Bestrebungen zu unterstützen.







# Sozialpolitik im Reichstag.

212. Sitzung, Mittwoch, den 17. Mai 1922, 11 Uhr.

Der Gesetzentwurf über Teuerungsmassnahmen für Militärenter wird dem Ausschuss für Kriegsbeschädigte überwiesen. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Der Hauptauschuss fordert einheitliche Grundätze beim Fürsorgewesen, ferner Erhöhung der Leistungen der Wochenhilfe.

## Reichsarbeitsminister Brauns:

Die Fälle der Arbeitslosigkeit im Lande und im Hauptauschuss vielfach den Eindruck einer allzu großen Geschäftigkeit hervorgerufen. Ueber solche Auffassungen im Lager der Sozialdemokraten wird sich niemand wundern. Das Arbeitsministerium wird durch eine solche Kritik nicht beeinflusst werden. Es kann nur dadurch im seinem Vorgehen bekräftigt werden. Anders steht es mit kritischen Ausführungen und Persönlichkeiten, die der Sozialpolitik grundsätzlich zugeneigt sind, aber angesichts unserer wirtschaftlichen Lage praktische Bedenken heben. Hier ist zuzugeben, daß nicht weitergegangen werden darf, als es die wirtschaftlichen Möglichkeiten gestatten. Die Sozialpolitik ist von Wirtschaft und Staatsfinanzen durchaus abhängig. Das Ministerium hat die durch diese Abhängigkeit gebotenen Grenzen stets beachtet. Vor zwei Jahren hörte man noch aus aller Munde, daß die Umwälzung von 1918 nicht nur eine politische, sondern

## auch eine soziale

war. Ich habe das nicht vergessen und werde im Staatsinteresse auch dementsprechend handeln. Die sozialen Erwerbslosen und Fortschritt werden dazu dienen, Arbeitnehmerschaft, Volk und Staat fester miteinander verachsen zu lassen, als das selber früher der Fall war. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß auch die Wirtschaft von der gegenwärtigen sozialen Reform Nutzen ziehen wird. Wohl sind die

## Leistungen und die Arbeitsfreude bei uns gewachsen

und stehen hinter anderen Ländern keineswegs zurück. Trotz der gewaltigen Teuerungswelle ist eine Besserung der Verhältnisse (?) eingetreten. Das wird noch mehr der Fall sein, wenn die neuen Gesetze zur Anwendung kommen. Die Not des verlorenen Krieges zwingt uns zu bestimmten Richtlinien. Von innen heraus muß geholfen werden. Bessere Mittel können dabei nur Hilfe leisten. Die große Zahl von Gesetzen und Verordnungen besonders auf dem Gebiete der Versicherung und Versorgung hängt mit der Verminderung unserer Geldwerte zusammen. Die Gesetzgebung kann nur schrittweise der tatsächlichen Entwicklung folgen. Gerade in der Sozialpolitik muß der Staat maßgebende Richtlinien geben, damit keine Anarchie entsteht. Streiten kann man nur über das Maß und Ziel dieser Einriffe, jedoch muß hier der richtige Mittelweg gefunden werden. Die übliche Ueberreibung in der politischen Agitation führt leider dazu, daß in der Öffentlichkeit Meinungen entstehen, die dem wahren Inhalt der Gesetze oft gar nicht entsprechen. Ein Teil der Arbeitnehmerschaft beklagt sich über ein Zuwenig bei der sozialen Gesetzgebung, ein anderer hält unsere Gesetzgebung grundsätzlich für falsch, weil er eine andere Staatsauffassung hat. Diese zeretzende Kritik wird und muß unser Volk nach und nach richtig einschätzen. Wir wollen auch unserer inneren Wirtschaft Besserung und Stabilität bringen. Dritten genügt das Maß der Sozialpolitik nicht. Man kann diese Klagen verstehen, doch liegt es nicht in unserer Macht, hier Abhilfe zu schaffen. Wie wir alle unsere Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit reduzieren müssen, so gilt es auch in der Sozialpolitik die Grenzen zu halten, die uns durch den Stand unserer Finanzen, unseres Gütervorrates und unserer Gütererzeugung gezogen sind. Der Staat besitz

## nichts Wertvolleres als die Arbeitskraft

seiner Bürger. Unsere soziale Gesetzgebung bemüht sich deshalb, nach Möglichkeit den Bedürfnissen der verschiedenen sozialen Schichten gerecht zu werden. Die Rechtsstellung der Arbeitnehmerschaft ist besser geworden. Auch für das Kulturleben der Arbeiterschaft wird Fürsorge getroffen. Der Arbeitslose und Arbeitsunfähige werden in den möglichen Grenzen vor Not geschützt. Ueberall kommt ein neuer Geist zur Geltung. In vielen Fällen hat dieser neue Geist sich in der Praxis noch nicht genügend durchgesetzt. Tatsächlich kann man ihn aber in den Grundlinien der Gesetzgebung erkennen.

Eine Besserung in dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ist unverkennbar. Die Erziehungsbegläubigen der Geldentwertung angepaßt werden. Der Hauptauschuss wünscht Erhöhung der Bezüge der Wochenhilfe. Ich stimme mit diesem Wunsche überein. Ein Gesetzentwurf wird vorbereitet. Bezüglich der landwirtschaftlichen Unfallversicherung habe ich die Länder erjucht, der sinkenden Kaufkraft des Geldes Rechnung zu tragen. Die Versicherungsanstalten führen einen scharfen Kampf gegen Geschlechtskrankheiten, Trunksucht usw. Zur planmäßigen Bekämpfung dieser Krankheiten müssen Richtlinien aufgestellt werden. Ferner müssen die behördlichen Aufsichtsbefugnisse erweitert werden. Das Material zur Zusammenlegung der Invaliden- und Angestelltenversicherung findet sich in einer dem Reichstag vorgelegten Schrift. An der internationalen Arbeiterorganisation ist auch Deutschland beteiligt. Des

## Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag

ist bisher nur von der Tschechoslowakei, von Rumänien und von Indien ratifiziert worden. (Hört, hört rechts.) Bei der Vorlage über die Arbeitszeit in Steinkohlenbergwerken handelt es sich nur um eine vorläufige Regelung. Die Arbeitszeitfrage im Bergbau soll damit nicht erledigt sein. Die öffentliche Meinung in Deutschland ist außerordentlich erregt über den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes. Die bereits eingeleiteten Verhandlungen werden hoffentlich zur weiteren Klärung führen. Ich bedauere, daß trotz aller Bemühungen des Ministeriums die Beilegung des Kampfes in der Metallindustrie immer noch nicht erfolgen konnte. Dieser Kampf ist auch politisch sehr verhängnisvoll. Im Interesse unseres inneren Friedens überhaupt richte ich an alle Beteiligten die eindringliche Mahnung, hier in einen friedlichen Ausweg noch in letzter Stunde zu willigen. Ein solcher ist trotz der vielen mißglückten Versuche auch heute noch möglich und allerhöchste Pflicht. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens hat das Reichsministerium die Gemüter auf das äußerste erregt, doch ist diese Erregung heute im Abklingen begriffen und macht einer Beruhigung und gerechteren Beurteilung des Geschehes Platz. Leider ist das Bauen neuer Wohnungen in diesem Jahre durch die ungeheure Steigerung der Baukosten weiter erschwert worden trotz der Erhöhung der Baukostenzuschüsse. Die Neuerrichtung der

## Kosten der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten

ist jetzt erfreulicherweise im schnellen Fortschreiten begriffen. Die Arbeitsleistung der Versorgungsbehörden wächst stetig an. Es ist zu hoffen, daß die einzelnen Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten im Laufe dieses Jahres in den Bezügen ihrer Gebührens gelangen. Die Reichsregierung ist bestrebt, von den Lazaretten möglichst viele aufzulösen, um Ärzte, Pflegerinnen usw. freizumachen.

Nach dem Minister Braun ergreift die Abg. Frau Schröder (Soz.) das Wort.

## Die Münchener Schlagenschändung.

München, 17. Mai. (U.) Im Münchener Stadtrat fand gestern eine Aussprache über die in der Sonntagnacht erfolgte Verhinderung der republikanischen Reichsslagge auf dem Bahnhofspfad statt. Der Bürgermeister teilte mit, daß das Stadtratsdirektorium das Hissen der Reichsslagge angeordnet habe, weil die Gewerkschaft ein deutsches Unternehmen sei. Die Debatte führte zu einem heftigen Austritt zwischen Sozialisten und Bürgerlichen.

# Niederlage der englischen Regierung.

London, 17. Mai. (Reuter.) Im Unterhause erlitt die Regierung mit 148 gegen 151 Stimmen bei der Abstimmung über einen die Lecherpensionen betreffenden Vorschlag der Geddeschen Reparations-Kommission eine Niederlage. Die Mitglieder der Arbeiterpartei, die Unabhängigen Liberalen und viele Anhänger der Regierungspartei stimmten gegen die Regierung und nahmen einen Beschluß auf Verlangung der Debatte an. Die politischen Folgen der Niederlage sind noch unklar.

London, 17. Mai. (E.P.) Die Mitglieder der Opposition nahmen die Niederlage mit den Worten auf: „Demission, Demission!“ Die Unabhängigen Liberalen und die Arbeiterpartei hielten sich gegen diese Regierung zusammengeschlossen. Nach der Sitzung berief Chamberlain die Parteiführer im Unterhause zu einer Besprechung. Es wurde beschlossen, heute morgen einen Kabinettsrat über diese Frage abzuhalten. Der „Daily Telegraph“ schreibt heute morgen, daß Chamberlain Lloyd George über diesen Zwischenfall unterrichtet hat. Die Zeitung meint, die Niederlage, die die Regierung erlitten habe, setze sie nicht in Gefahr, sie sei aber gleichwohl eine böse Sache. Sie dürfte wahrscheinlich nicht die Demission des Kabinetts zur Folge haben, würde aber Lloyd George zwingen, im nächsten Herbst Neuwahlen zu veranstalten.

London, 17. Mai. (W.B.) „Westminster Gazette“ weist darauf hin, daß die Regierung gestern auch im Oberhause mit knapper Not einer Niederlage entging, als der Antrag von Carl Beauchamp, in dem die sofortige Aufhebung des Industriefiskusgesetzes gefordert wurde, mit nur zwei Stimmen (36 zu 34) abgelehnt wurde.

## Morgans Anleiheplan.

London, 17. Mai. (W.B.) Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, dem Besuche Morgans, der jetzt von New York nach Europa unterwegs ist, werde in Finanz- und politischen Kreisen mit großem Interesse entgegensehen. Morgan soll mit endgültigen Vorschlägen kommen, die bei der Reparationsfrage von großem Nutzen sein und dazu beitragen würden, daß eine der Hauptursachen der Reibungen zwischen England und Frankreich beseitigt würde.

Ein bekannter City-Banker hat dem Berichterstatter der „Westminster Gazette“ gegenüber die Vorschläge Morgans folgendermaßen gekennzeichnet: Zunächst müsse eine Vereinbarung zwischen den Alliierten zustandekommen, um den augenblicklichen Reparationsbeitrag auf eine vernünftige Summe herabzusetzen. Zweieinhalb Milliarden Pfund Sterling würden als solche Summe angesehen, wobei noch in Anschlag gebracht werden müsse, was Deutschland bereits gezahlt habe und was unter Ausschluß des abgetretenen Staatseigentums Sir Robert Horne auf 200 Millionen Pfund Sterling veranschlagt habe. Auf dieser Grundlage dürfe Deutschland, wie angenommen werde, in der Lage sein, den Zins- und Amortisationsbetrag für seine Schulden aufzubringen. Wenn Deutschland eine Anleihe erhalte, müsse es bereit sein, Garantien in Gestalt eines Pfandrechts auf die Zölle zu geben, und müsse außerdem eine Nebenversicherung, wie z. B. die Eisenbahnen, für die Bezahlung seiner Zinsen bieten und zu gleicher Zeit allmählich den Druck von Papiergeld einstellen.

Laut „Westminster Gazette“ würden dreijährige bis fünfjährige Zertifikate genannt.

## Neue Frauenkleidung.

Künstlerisch wertvoll und praktisch, das ist die Lösung für eine Ausgestaltung von Kleidung und kunstgewerblichen Arbeiten im Letzt-haus. Man kann sich anziehen, wie es zur eigenen Art paßt, man braucht durch den Wechsel der Mode nicht die persönliche Note zu verlieren, das bekunden die zur Schau gestellten Kleider überzeugend.

Vornämlich ist das alte Blanddruckverfahren wieder aufgelebt. Alte Druckstöcke, die verstaubt auf irgendeinem Boden den Dornschlaf schliefen, werden jetzt wieder gebraucht oder geben Anregung zu neuen Mustern. Die bedruckten Stoffe aber sind verhältnismäßig billig, sie sind leicht und waschbar und werden sowohl im Handdruckverfahren wie maschinell hergestellt. Auch sind sie gleich gut für Berufes, Großstadt- und Landkleider zu benutzen. Das zeigen einwandfrei die schönen Modelle, die der Verband für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur zeigt. Die Mode blau-weiß ist überwiegend; das wirkt etwas eintönig, ist aber nicht zu befehen, da eine Ortsgruppe die Kleider in einer anderen Farbensammlung liefern wollte, durch schweren Einbruchdiebstahl der zur hiesigen Ausstellung bestimmten Gegenstände und auch ihres Materials beraubt wurde. Kräftige Farben sieht man für Kinderkleider verwandt, von denen einige durch einen Handhohlsaum einen prächtigen Kusspuff erfahren. Dergleichen erfreuen aus Paß gehölfte Hüfte, garniert mit einem luftigen Stoffkragen. Sie fallen weich wie Florentiner, können Sonnenbrand und Regen vertragen und verargen es einem nicht einmal, wenn man unvorsichtig mit ihnen umgeht. Ebenso werden erprobte Wäschschneitte den Müttern eine willkommene Hilfe sein, die für ihre Kinder selbst das Unterzeug nähen müssen.

Auserlesene Ware sind die für die Schau gestellten Spitzen. Heimarbeiten aus der deutschen Spinnweberei, aus dem Erzgebirge und Südde, welche die Einzelmaschinerie fertigte. Viele Heimarbeiterrinnen müssen jetzt mit Eifer kleine Spitzenmuster erfinden, denn die Spitze über 4 Zentimeter ist — nicht mehr von der Luxussteuer frei. An die Felten unserer Großmütter erinnern die Strickfäden. Sie kommen wieder sehr in Aufnahme. Doch müssen wir heute für eine gestrickte Tischdecke ungefähr die Summe ausgeben, von der unsere Großmütter für ein ganzes Jahr ihren Lebensunterhalt bestreiten mußte.

Interessant sind ferner der ganzen Veranstaltung entsprechend kunstgemäß gearbeitete Möbel, handgemaltes Porzellan, handgearbeitete Papiere für Bucheinbände und Broschen aus Bronze und Kupfer- und Silberlegierungen, die starke Eigenart geschmackvoller Schmuckkünstler verraten.

## Eine Kugel kam geflogen.

Eine Schießerei in einem Hotel gab heute früh kurz vor 5 Uhr Veranlassung, das Leberfallkommando der Schutzpolizei nach der Krautstr. 29 zu rufen. Hier war kurz vorher ein Mechaniker Kwaß aus der Borlagener Straße mit einem Strahlenmähdchen erschienen und hatte für beide ein gemeinsames Zimmer verlangt. Als ihm der Hotelwirt Rudolf Braut die Aufnahme verweigerte, lärmte und tobte Kwaß, daß das ganze Haus erwaute, zertrümmerte einige Scheiben und griff den Wirt an und gab mehrere Schüsse ab, durch die das Mädchen einen schweren Kratzen erhielt, so daß es nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. Die Kugel durchschlug eine dünne Wand und verlor einen Monteur an einem nicht näher zu bezeichnenden Körperteil. Das Leberfallkommando der Abteilung Friedrichshain war bald zur Stelle, machte den Verurteilten unschädlich, nahm ihn fest und brachte ihn nach der Wache. Auch er hatte einige Verletzungen davongetragen.

# Verdächtiger Köder.

## Die Elternbündler auf dem Fischfang.

Durch ihre Werbearbeit zu den Elternbeiratswahlen wollen die angeblich unpolitischen Elternbünde der reaktionären Parteien nicht nur Stimmen für ihre Kandidatenlisten zusammenbringen, sondern möglichst auch aus der Wählerkraft ihren Mitgliederbestand auffrischen. Welche Mittel sie sich dabei bedienen, zeigt ein Flugblatt, das in Reutal von dem Evangelischen Elternbund am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium verbreitet wird.

Es beginnt mit einem Hinweis auf die bevorstehende Elternbeiratswahl, die den Eltern wieder einmal Gelegenheit gebe, „ihren Willen kund zu tun, wer über den Geist der Erziehung ihrer Kinder entscheiden soll“. Im Anschluß daran wird für den Evangelischen Elternbund mit folgenden Worten geworben: „Der unserer Jugend die Quelle aller Kraft, die Religion, erhalten will, der trete dem Evangelischen Elternbund bei. Denn nur durch den Religionsunterricht können die Kinder zur sittlichen Selbstbeherrschung, zum Gehorsam und zur Dankbarkeit gegen die Eltern, zur Vaterlandsliebe und ethisch-sozialer Bestimmung erzogen werden.“ Die Erfahrung bestätigt nicht, daß Tugenden, wie „sittliche Selbstbeherrschung“ und „ethisch-soziale Bestimmung“ durch den Religionsunterricht in den Kindern entwickelt würden. Der Elternbund scheint auch bei den Eltern, die ja alle in ihrer Jugend unter dem Einfluß des Religionsunterrichtes gestanden haben, sich von einem Hinweis nur auf die Religion und ihre erzieherischen Wirkungen nicht viel Erfolg zu versprechen. Er schließt sein Flugblatt nicht mit einer Ausrüttelung des Idealismus, sondern mit einer Herabsetzung von sehr materiellen Vorteilen, die bei diesem Fischfang als Köder dienen sollen. Bei „nur 1 Mark“ Monatsbeitrag für jede Mutter und jeden Vater werden in Aussicht gestellt: „billiger“ Bezug von Schulbüchern und Schulmaterialien aus der Geschäftsstelle des Gesamt-Elternbundes, Vergünstigung einer „besonders vorteilhaften“ Kinder-Ferienversicherung nach Westpreußen, Aufnahme einer „äußerst günstigen“ und daher sehr empfehlenswerten Unfallversicherung.

Die Gegenüberstellung des Beitrages von „nur 1 Mark“ und der „billigen“, „besonders vorteilhaften“, „äußerst günstigen“, „sehr empfehlenswerten“ Dinge erinnert auffallend an die Ausdrucksweise von Geschäftsannoncen. Im Kampf mit solchen Gegnern müssen die drei Linksparteien, die für die Elternbeiratswahlen diesmal der Wählerkraft gemeinsame Kandidatenlisten vorlesen, auf die Einsicht aufgeklärter Wähler und Wählerinnen rechnen. Es handelt sich um mehr als die Frage, ob die Schule den Religionsunterricht behalten soll oder nicht, es handelt sich um eine Abwehr der ganzen Schulreaktion, die dreister als je auf ihr Ziel lossteuert. Am Tage der Elternbeiratswahlen darf keine Mutter und kein Vater, denen die Freiheit der Schule am Herzen liegt, bei der Stimmabgabe fehlen. Den Kandidatenlisten der drei Linksparteien darf keine Stimme verlorengehen.

## Teltower Kreisfinanzen.

Der neue Teltower Kreisrat, der auf Betreiben der Bürgerlichen am 12. Februar neu gewählt wurde, und der Stimmengleichheit zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien aufweist, trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Landrats von Wittenbach zu seiner ersten Sitzung zusammen. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete der Haushaltsplan für 1922. Dabei behauptete der deutsch-nationale Berichterstatter, daß der Kreis Teltow gegen das in unruhiger Zeit entstandene und überhöht gefällene Gesetz Groß-Berlin vorgehen müsse, und daß er dahin wirken müsse, daß dem Kreise Grenzen gelassen werden, die ihm die Erträge ermäßigen. Das Auseinandergeraten der Verhältnisse mit Berlin habe noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt; bisher seien lediglich Vorküsse gezahlt und Ausgaben erstattet worden. Auch die Verhandlungen mit dem Reich über den Teltowkanal hätten noch kein Ergebnis; sehr mühe der Staatsgerichtshof eingreifen. Der Voranschlag schließe mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 9,9 Millionen ab, mit den Fehlbeträgen der letzten Jahre von 26,4 Millionen. Doch seien dies Posten, die Berlin zu tragen habe. Genosse Bauer brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß das Standbild Wilhelms II., das sich noch im Sitzungssaal befindet, so bald wie möglich verschwinden möge. Die Beträge für Säuglings- und Tuberkulosefürsorge seien viel zu niedrig. Abg. Neumann (U.S.P.) bemängelte die Hundesteuern im Kreise. Der Haushaltsplan wurde ohne Sonderberatung angenommen.

Der Empfang des Wiener Männergesangsvereins beim Reichspräsidenten Ebert wird, wie nun endgültig feststeht, am Montag, den 22. Mai, nachmittags 4 Uhr, erfolgen. Reichspräsident Ebert hat zu der aus Anlaß des Besuchs des Wiener Männergesangsvereins erscheinenden Festschrift einen in sehr warmen Worten gehaltenen Beitrag beigefeuert. Die Wiener werden vom Oberbürgermeister Böß namens der Stadt Berlin, von Rechtsanwalt List namens des Deutschen und Berliner Sängerbundes sowie des Österreichisch-Deutschen Volksbundes willkommen geheßen. Bei dem Begrüßungsabend im Reichstag werden außer dem Reichspräsidenten Ebert noch Reichsminister Köster und der preußische Minister des Innern Severing sprechen.

Unter Raubverdacht verhaftet wurden gestern von einem Landjägerposten zwei Männer, die sich bettelnd in der Berliner Allee in Weisensee herumtrieben. Man vermutete in ihnen die Vandalensträuber, die in der Nacht zum Sonntag zwischen Malchow und Weisensee die beiden von uns gemeldeten Ueberfälle verübten. Ihre Gegenüberstellung mit den Ueberfallenen, die heute früh beim Raubdeputat der Berliner Kriminalpolizei stattfand, ergab jedoch, daß sie als Täter nicht in Betracht kommen.

Wegen einer Explosion von Feuerwerkskörpern wurde die Neuköllner Feuerwehr nach der Rixdorfer Straße in Tempelhof alarmiert. Dort waren in einer Rube in Uebereinstimmung der Besizer, die eben fortgegangen waren, Feuerwerkskörper explodiert, die in der Neuen Welt gebraucht werden sollten. Die Breiterbude brannte mit dem Inhalt total nieder. Der Schaden soll über 150 000 M. betragen. Die Entstehungsurache ist dunkel. Es kann sowohl Selbstentzündung als auch Entzündung durch Sonnenstrahlen, die durch eine Glasscheibe im Dach (Oberlicht) gewirkt haben, vorliegen.

Gegen maßlosen Luxus und Vergnügungssucht protestierte eine vom Bund der Kinderreichen von Berlin, Bezirksgruppe Wilmersdorf, in der Aula des Anzeims, Weimarische Straße, veranstaltete große Versammlung nach einem Referat des Geschäftsführers des Bundes, Kaufmann Söhner, über die Not der kinderreichen Familien und die zu ihrer Befreiung anzustrebenden Mittel. Die Versammlung forderte von der Regierung strengste Ueberwachung der Preisgestaltung für die Lebensbedürfnisse, energisches Durchgreifen gegen den Wucher, eine ausgleichende Ermäßigung oder Erlass der steuerlichen Lasten für kinderreiche Familien, mehr Berücksichtigung des Familienstandes bei Bemessung der Besoldung der Beamten und der Löhne der Arbeiter und Gewährung von staatlichen Kinderbeihilfen für alle auch nicht im Staats- oder Kommunaldienst stehenden bekümmerten Väter und Mütter.

Die Volkshöhle Nordens brachte am Montag Björnson's Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“ heraus und hatte damit ihren bisherigen Erfolg einen neuen hinzugefügt. Die psychologischen Einzelheiten des Stückes wurden von den Darstellern in durchaus gutem und harmonischem Zusammenpaß ausgeführt und durchgehends mit dem demselben die psychologischen Einzelheiten mit drückendem satirischen Humor. Bertel Scheone verstand es, die Rolle der Frau Kröck abgeriegelt darzustellen. Dann möge noch Raja Hart erwähnt werden, die die Helena mit allem Liebreiz und der ganzen Strahlbarkeit, die einem Tadeln eignen können, zur Darstellung brachte.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Gemäßig warm, vielfach heiter, aber vereinzelt bei mäßigen südwestlichen Winden. Etwas Regen und Gewittergehung.



